

Niederschrift

Gremium	Sitzung - VW/Z018(VII)/22			
	Wochentag, Datum	Ort	Beginn	Ende
Verwaltungsausschuss	Donnerstag, 30.06.2022	Ratssaal	13:00 Uhr	13:50 Uhr

Leitung: Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper
Teilnehmer: siehe Anwesenheit

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung

- 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
- 2 Bestätigung der Tagesordnung
- 3 Beschlussvorlagen
 - 3.1 Aufgabenübertragung an die GWM Gesellschaft für Wirtschaftsservice Magdeburg mbH (GWM) DS0323/22
BE: Beigeordnete für Wirtschaft, Tourismus und regionale Zusammenarbeit
Zu diesem Tagesordnungspunkt beraten Verwaltungsausschuss und Finanz- und Grundstücksausschuss gemeinsam.
 - 3.2 Allgemeine Vertretung der Oberbürgermeisterin DS0333/22
BE: Oberbürgermeister
 - 3.3 Zweckvereinbarung zwischen der Landeshauptstadt Magdeburg und der Gemeinde Sülzetal DS0338/22
BE: Beigeordnete für Wirtschaft, Tourismus und regionale Zusammenarbeit

Anwesend:

Vorsitzende/r

Dr. Lutz Trümper

Mitglieder des Gremiums

Ronny Kumpf

Madeleine Linke

Nadja Lösch

Jens Rösler

Carola Schumann

Frank Schuster

Wigbert Schwenke

Roland Zander

Jürgen Canehl

Renè Hempel

Christian Mertens

i.V. für SR Meister

i.V. für SR Müller

i.V. für SR Kohl

Verwaltung

Dr. Anne Ignatuschtschenko

Geschäftsführung

Lisa Wöhlbier

Abwesend

Mitglieder des Gremiums

Dr. Falko Grube

Hagen Kohl

Olaf Meister

Oliver Müller

1. Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Der Oberbürgermeister, Herr Dr. Trümper, eröffnet die Sitzung und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

2. Bestätigung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wird von den Mitgliedern des Verwaltungsausschusses einstimmig bestätigt.

3. Beschlussvorlagen

3.1. Aufgabenübertragung an die GWM Gesellschaft für Wirtschaftsservice Magdeburg mbH (GWM) Vorlage: DS0323/22

Zu diesem Tagesordnungspunkt beraten die Ausschüsse VW und FG gemeinsam.

An diesem Tagesordnungspunkt nimmt die Beigeordnete für Wirtschaft, Tourismus und regionale Zusammenarbeit, Frau Stieger, sowie der Beigeordnete für Personal, Bürgerservice und Ordnung, Herr Platz, teil.

Die Beigeordnete für Wirtschaft, Tourismus und regionale Zusammenarbeit bringt die Drucksache umfassend ein und macht erläuternde Ausführungen zum Hintergrund der Aufgabenübertragung. Sie informiert, dass allen Mitarbeiter*innen der Abteilung I des Dezernates III ein Angebot zur Beschäftigung in der GWM unterbreitet werden soll und geht im Folgenden auf die Struktur der Ansiedlungsbetreuung näher ein. Sie verweist in diesem Zusammenhang auch auf steuerliche Hintergründe.

Stadträtin Linke, Fraktion GRÜNE/future!, nimmt Bezug auf den heute per E-Mail versandten „Offenen Brief an die Dienststellenleitung“ des Personalrates und verdeutlicht, dass sie analog zur Personalvertretung dem Inhalt der Drucksache zur Aufgabenübertragung kritisch gegenüberstehe. Sie vertritt die Auffassung, dass die Fraktionen zukünftig ein geringeres Mitspracherecht haben würden und signalisiert die Ablehnung durch ihre Fraktion zur vorliegenden Beschlussvorlage.

Stadtrat Zander, Fraktion Gartenpartei/Tierschutzallianz, signalisiert im Namen seiner Fraktion die Zustimmung zur vorliegenden Drucksache und hinterfragt, ob die entsprechenden Mitarbeiter*innen, deren Stellen in die GWM überführt werden, in eine höhere bzw. niedrigere Entgeltgruppe eingruppiert werden. Er erinnert in diesem Zusammenhang an die im vergangenen Verwaltungsausschuss gegebene Zusicherung, die Stadträte*innen bei dem geplanten Vorhaben einzubeziehen.

Der Oberbürgermeister führt aus, dass es sich bei der heutigen Beschlussvorlage um den ersten Schritt handelt und informiert, dass der Wirtschaftsplan sowie die Änderung des Gesellschaftervertrages erst im Januar 2023 eingebracht werden sollen.

Stadtrat Schwenke, CDU-Ratsfraktion, äußert Unverständnis über die ablehnende Haltung seiner Vorredner*innen und hinterfragt, wann mit der Drucksache zur entsprechenden Finanzierungsuntersetzung sowie zur Mitbestimmungs- / Beteiligungskompetenz der Stadträte gerechnet werden kann. Er signalisiert abschließend im Namen seiner Fraktion die Zustimmung zur vorliegenden Beschlussvorlage.

Stadtrat Stage, Fraktion GRÜNE/future!, steht der Ausgliederung der Wirtschaftsförderung grundsätzlich positiv gegenüber, jedoch fühle er sich nicht ausreichend mitgenommen. Er vertritt die Auffassung, dass der Verwaltung ein großer Vertrauensvorschuss im Hinblick auf die Grundstücksansiedlung etc. gegeben wurde, welcher nun in Form von einer hinreichenden Beteiligung der Stadträte*innen zurückerbeten wird.

Stadträtin Jäger, Fraktion DIE LINKE, stimmt den Ausführungen ihres Vorredners zu und hinterfragt die Notwendigkeit der Eilbedürftigkeit. Im Weiteren stellt sie die Frage, welche Aufgabenkompetenzen des Stadtrates zukünftig durch die avisierte Ausgliederung zur GWM entzogen werden.

Stadtrat Pasemann, Fraktion AfD, hält das Vorhaben für kontraproduktiv und begründet seine Auffassung. Er hinterfragt, warum die Beschlussvorlage nicht Bestandteil der heutigen Sitzung des Ausschusses WTR sei.

Die Beigeordnete für Wirtschaft, Tourismus und regionale Zusammenarbeit erläutert im Hinblick auf die Eilbedürftigkeit, dass die Aufgaben der Wirtschaftsförderung sowie der äußeren Erschließung derzeit ausschließlich im Dez. III bearbeitet werden und die Aufgabenübertragung eine schnellere sowie flexiblere Erledigung der Aufträge ermöglichen würde. Im Weiteren könnte Fachpersonal schneller gewonnen werden. Frau Stieger legt dar, dass die unvergütete Geschäftsführung der Gesellschaft weiterhin durch sie wahrgenommen wird und verdeutlicht, dass die Mitarbeiter*innen, welche zukünftig in die GWM überführt werden, keine Schlechterstellung bzgl. der Vergütung erfahren. Im Weiteren wird den Beschäftigten ein entsprechendes Rückkehrrecht eingeräumt. Auch wird den Mitarbeiter*innen, die nicht in die GWM wechseln möchten, in der Stadtverwaltung gemäß ihren Fähig- sowie Fertigkeiten und ihrer Eingruppierung ein Arbeitsplatz zur Verfügung gestellt.

Der Beigeordnete für Personal, Bürgerservice und Ordnung äußert Unverständnis bzgl. der ablehnenden Haltung der Stadträte*innen und erinnert, dass der Tenor zum Vorhaben in der vergangenen Sitzung des Verwaltungsausschusses durchgehend positiv war. Er erläutert, dass die Verwaltung mit den entsprechenden Vorgaben von Intel Schritt halten müsse und begründet die Notwendigkeit der Beschlussvorlage.

Herr Platz nimmt Bezug auf den „Offenen Brief an die Dienststellenleitung“ des Personalrates und betont, dass die Personalvertretung beteiligt wird, wenn dies erforderlich sei. Bei den entsprechenden Personalangelegenheiten würde es sich jedoch um Individualbestimmungen auf privatrechtlicher Ebene zwischen dem FB 01 und den betroffenen Mitarbeiter*innen des Dez. III handeln. Die Mitbestimmungspflicht des Personalrates würde derzeit in seinem Dezernat überprüft.

Stadtrat Hempel, Fraktion DIE LINKE, hinterfragt die Größe des Aufsichtsrates und vertritt die Auffassung, dass den Ausschüssen gegenüber eine entsprechende Informationspflicht eingeräumt werden muss. Er bringt seine Zweifel zum Ausdruck, dass die Ausgliederung der Wirtschaftsförderung eine Effizienzsteigerung mit sich bringen würde und begründet seine Auffassung.

Stadtrat Rösler, SPD-Stadtratsfraktion, sieht keine Bedenken darin, dass die Aufgabenübertragung an die GWM zu weniger Informationen für die Stadträte*innen führen könnte.

Stadtrat Rupsch, CDU-Ratsfraktion, hinterfragt, ob die finanzielle Ausstattung der Gesellschaft noch in diesem Jahr erfolgen würde.

Der Oberbürgermeister kann die Bedenken der Stadträte*innen sowie der Umlandgemeinden nachvollziehen, verdeutlicht jedoch, dass das Gesamtprojekt nur mit der Unterstützung aller Beteiligten umgesetzt werden kann. Im Ergebnis der geführten Diskussion zieht er die Drucksache von der heutigen Tagesordnung zurück.

3.2. Allgemeine Vertretung der Oberbürgermeisterin Vorlage: DS0333/22

Der Oberbürgermeister macht erläuternde Ausführungen zur vorliegenden Drucksache.

Stadtrat Schwenke, CDU-Ratsfraktion, hinterfragt die Eilbedürftigkeit der Allgemeinen Vertretung für die zukünftige Oberbürgermeisterin und führt aus, dass er sich gewünscht hätte, die Thematik vorab in seiner Fraktion zu erörtern. Der Oberbürgermeister begründet die Notwendigkeit der Vertretungsregelung u. a. mit dem Urlaub von Frau Borris im Juli und geht im Folgenden auf weitere Details näher ein.

Stadtrat Rösler, SPD-Stadtratsfraktion, stimmt den Ausführungen von Herrn Schwenke zu.

Stadträtin Schumann, Fraktion FDP/Tierschutzpartei, kann die geäußerte Kritik ihrer Vorredner nicht nachvollziehen und merkt an, dass es sich bei der Vertretung um eine Vertrauensperson der Hauptverwaltungsbeamtin handeln sollte, welche auch durch diese vorgeschlagen wurde. Sie verdeutlicht in diesem Zusammenhang, dass sich auch bei einer zeitlich verschobenen Diskussion im September am Vorschlag der allgemeinen Vertreterin nichts ändern würde.

Stadtrat Hempel, Fraktion DIE LINKE, spricht sich dafür aus, die Thematik vorab in den jeweiligen Fraktionen diskutieren zu wollen.

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt mit 7 Ja-Stimmen, ohne Nein-Stimme bei 5 Enthaltungen dem Stadtrat, die DS0333/22 in seiner Sitzung am 07. 07. 2022 zu beschließen.

3.3. Zweckvereinbarung zwischen der Landeshauptstadt Magdeburg
und der Gemeinde Sülzetal
Vorlage: DS0338/22

An diesem Tagesordnungspunkt nimmt die Beigeordnete für Wirtschaft, Tourismus und regionale Zusammenarbeit, Frau Stieger, teil.

Der Oberbürgermeister macht erläuternde Ausführungen zur vorliegenden Drucksache und informiert, dass die Zweckvereinbarung bereits am 08. 06. 2022 durch den Gemeinderat der Gemeinde Sülzetal beschlossen wurde.

Auf Nachfrage der Stadträtin Linke, Fraktion GRÜNE/future!, ob die vorherige Zweckvereinbarung mit der Gemeinde Sülzetal nach wie vor gültig sei, bestätigt Herr Dr. Trümper dies.

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt einstimmig mit 12 Ja-Stimmen, dem Stadtrat, die DS0338/22 in seiner Sitzung am 07. 07. 2022 zu beschließen.

Die Niederschrift erhält ihre endgültige Fassung mit Bestätigung in der darauffolgenden Sitzung.

gez. Wigbert Schwenke
Stellv. Vorsitzender

Lisa Wöhlbier
Schriftführerin